

II-1575 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 822/J

1976 -12- 01

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Bauer
und Genossen
an den Bundesminister für Inneres
betreffend sozialistische Personalpolitik in der Bundespolizeidirektion Klagenfurt

Seit längerem ist schon festzustellen, daß in der Bundespolizeidirektion Klagenfurt bei Personalentscheidungen sozialistische Funktionäre und Fraktionsmitglieder bevorzugt werden.

So wurde mit der letzten Dienstpostenbewertung im Frühjahr 1976 im Zentralinspektorat in Klagenfurt eine Reihe sozialistischer Fraktionsmitglieder mit besser dotierten Dienstposten und Aufstiegsmöglichkeiten bedacht. Andere, rangältere Beamte, die die gleichen Dienstposten bzw. Dienstverwendungen ausfüllen, aber nicht der sozialistischen Fraktion angehören, wurden übergangen.

Durch "Papierversetzungen" und andere dienstrechtliche Eingriffe werden nicht-sozialistische Beamte auf das Abstellgleis abgeschoben, um sozialistischen Parteigängern dadurch bevorzugte Aufstiegsmöglichkeiten zu schaffen.

Der krasseste Fall ist darin zu sehen, daß ein ausgezeichnet beschriebener, leitender Beamter, der nicht der sozialistischen Fraktion angehört, seit 31. 12. 1969 der Bundespolizeidirektion Klagenfurt zugeteilt ist, aber bisher von der Betrauung mit einem eigenen, bewerteten Wirkungsbereich konsequent ausgeschlossen wurde. Dies, obwohl seine Dienstbeurteilung auf ausge-

- 2 -

zeichnet lautet, er in allen Aufgabenbereichen des Zentralinspektorats eingeführt und verwendet worden ist und sich in seinen bisherigen Funktionen bestens bewährt hat. Die derzeitige Verwendung dieses Beamten besteht in der Funktion eines stellvertretenden Abteilungskommandanten der Verkehrsabteilung, ohne Bewertung. Mehrfache persönliche Vorsprachen und schriftliche Eingaben des Beamten sowie von Personalvertretern beim Behördenleiter bzw. Zentralinspektorat blieben bis heute unberücksichtigt. Bedenklich erscheint in diesem Zusammenhang die Äußerung des Leiters der Präsidialabteilung der Bundespolizeidirektion Klagenfurt, der gegenüber dem Obmann des Dienststellenausschusses erklärt hat, daß man diesen Beamten deshalb nicht mit der Leitung des Referates (Personal und Bezahlung) betrauen könne, weil er sich der christlichen Fraktion als Funktionär zur Verfügung gestellt habe. Diese Äußerung soll auch mehrfach von anderen sozialistischen Funktionären zum Ausdruck gebracht worden sein.

Es bedarf einer dringenden Aufklärung, ob diese Vorgänge in der Bundespolizeidirektion Klagenfurt dem Minister bekannt sind und ob sie gegebenenfalls von ihm gebilligt werden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Inneres folgende

A n f r a g e :

- 1) Ist Ihnen der oben bezeichnete konkrete Fall der Benachteiligung eines leitenden Beamten der Bundespolizeidirektion Klagenfurt aus parteipolitischen Gründen bekannt?
- 2) Was wollen Sie unternehmen, um solche bedenklichen personalpolitischen Vorgänge in der Bundespolizeidirektion Klagenfurt abzustellen?